Preußischer Landtag.

Schluß aus dem Hauptblatt.

Die Abg. Dr. Dürre, Dr. Graf (Elberfeld) und von Schenckendorff beantragen: A. Die Regierung aufzufordern 1. die mit dem Normaletat herbeigeführte Verbesserung in Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten als abgeschlossen nicht zu erachten und gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter weiter zu führen, II. Maßregel zu treffen, um den Normaletat für die staatlichen höheren Lehranstalten auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehranstalten zur Durchführung zu bringen, III. die durch die Organisation der Schulen dauernd nothwendig gewordenen oder dauernd nothwendig werdenden Stellen baldthunlichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen; B. dem § 3 des Normaletats nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß den bereits definitiv angestellten, sowie den demnächst anzustellenden ordentlichen wissenschaftlichen Lehrern auf ihr Dienstalter der über 3 Jahre hinausgehende Theil der Dienstzeit als remunerirte Hilfslehrer (§ 1 Nr. 6) angerechnet werde soweit nicht diese längere Dauer der Hilfslehrerzeit durch Ablehnung angebotener Stellen als ordentlicher Lehrer veranlaßt ist.

Die Abgg. Sperlich und Gen. (Ctr.) beantragen folgende Abänderungen des Normaletats:

1. Die Unterscheidung nach der Einwohnerzahl der Stadt fällt fort. Die Besoldung für Lehrer der Vollanstalten in den Provinzialstädten betragen jährlich 5100 bis 6000 Mk. 2. Das Aufsteigen im Gehalt geschieht bei den Leitern der Vollanstalten mit je 300 Mark nach 7,14 und 20 Jahren. 3) Bei den angestellten und anzustellenden wissenschaftlichen Lehrern ist das Dienstalter vor Ablauf dreier Jahre nach Beendigung des Probejahrs zu rechnen

Abg. Meyer-Berlin (sf.) beantragt die im Normaletat für Berlin getroffenen Bestimmungen auch auf die Vororte auszudehnen.

Die Abgg. Dr. Kropatscheck und Gen. (kons.) beantragen das Aufsteigen im Gehalt in der Form von Dienstalterszulagen bei den Leitern von Vollanstalten mit je 300 Mk. in Städten über 50000 Einwohnern nicht nach 7, 14 und 20 Dienstjahren, sondern nach 5, 10 und 15 Dienstjahren eintreten zu lassen.

Die Kommission beantragt zum Normaletat, denselben für erledigt zu erklären, jedoch mit dem Ersuchen an die Staatsregierung, nach Maßgabe des Normaletats § 3 Abs. 2 auch die über 4 Jahre hinausgehende Thätigkeit als remunerirter Hilfslehrer für anrechenbar zu erklären; hierzu beantragen die Abgg. Korsch und Gen. (kons.) hinzuzufügen; sowie von der früheren Dienstzeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher Lehrer einen solchen Theil für anrechenbar zu erklären, daß ihm in seiner Stellung als Leiter ein gleich hohes Gehalt gewährt werden kann, wie es ihm zustehen würde, wenn er in der Stellung eines wissenschaftlichen Lehrers geblieben wäre.

Endlich beantragen die Abg. Korsch (kons.) u. Gen., „die Staatsregierung aufzufordern, die vom Abgeordnetenhause wiederholt als nothwendig anerkannte Gleichstellung der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten in ihrem Diensteinkommen mit den Richtern erster Instanz sobald als möglich durchzuführen."

Minister Graf Zedlitz: Er beabsichtige nicht, jetzt schon auf die einzelnen Anträge einzugehen, sondern hebe nur einige Gesichtspunkte hervor. Er erkläre, daß er den Ausführungen des Regierungskommissars in der Kommission betreffs der Zulage von 900 Mk. zustimme. Dieselbe solle im Allgemeinen nur ein Lehrer mit vollem Zeugniß erhalten, indeß würden solche Lehrer mit vollem Zeugniß, die sich bei der praktischen Lehrthätigkeit nicht bewährt hätten, diese 900 Mk. nicht erhalten, während wiederum andere Lehrer mit nicht vollem Zeugniß, die aber besondere Lehrbefähigung bekunden, diesen Zuschuß erhalten sollen. Die Staatsregierung werde noch in dieser Session einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch auch die Städte, die keinen Staatszuschuß erhielten, den Normaletat einzuführen gezwungen werden sollten. — Minister Miquel erklärt, daß trotz der schlechten Finanzlage die Aufbesserung der Lehrergehälter jetzt durchgeführt werde, während andere Beamtenkategorien noch nicht berücksichtigt würden, komme daher, weil die Gehälter der Lehrer besonders stark zurückgeblieben seien und weil deshalb die Zahl der Philologie Studirenden sich so vermindert hätte, daß der Bestand des Lehrerstandes gefährdet sei und weil die Regierung es für zweckmäßig gehalten habe, mit der Reform des Unterrichts diese Aufbesserung zu verbinden. Daß dadurch eine volle Zufriedenheit erreicht werde, habe er nach den Erfahrungen bei früheren Gehaltsaufbesserungen nicht erwartet, daß er aber in Verkennung der objektiven Gesammtlage sogar persönlich angegriffen werden würde, das hätte er nicht erwartet. Ein hervorragendes pädagogisches Blatt habe ihm vorgeworfen, er wolle die Lehrer den Förstern gleichstellen. Es würden jetzt rund 4000000 M. für die höheren Lehrer neu zur Verwendung kommen, von denen 1400000 M. der Staat, etwa 500000 M. die Gemeinden aufbringen sollten und der Rest aus dem erhöhten Schulgeld aufgebracht werden sollte. Alle Anträge, die den Normaletat selbst verändern wollten, bitte er abzulehnen, betreffs des Antrags II des Abgeordneten Dürre schwebten Verhandlungen über einen Gesetzentwurf und er bitte den Antrag also zurückziehen zu wollen. Dem Antrag Korsch betreffend die frühere Dienstzeit des Leiters einer Anstalt könne er zustimmen. Uebrigens müsse er bekennen, daß der Normaletat kein Gesetzentwurf, sondern eine Denkschrift sei, und daher die Abänderung dieser Denkschrift nicht in der Kompetenz des Landtags liege, also die Anträge auf solch' eine Aenderung formell unzulässig seien. Ich erkläre meine Freude über das Entgegenkommen der Budgetkommission dem Standpunkt der Regierung gegenüber und hoffe dasselbe Entgegenkommen von diesem hohen Hause, es wird dazu beitragen, Ruhe und Zufriedenheit in den Gemüthern der Lehrer an höheren Lehranstalten hervorzurufen.

Gegen den Normaletat haben sich 16, dafür 13 Redner gemeldet.

Abg. Knörcke (d.-freis.): Man erkennt wohl in den Kreisen der Lehrer an höhren Lehranstalten mit Dank die Bestrebungen der Regierung an, das schließt aber nicht aus, daß man auch noch weitere Wünsche hat. Trotz der Worte des Herrn Ministers halte ich das Normaletat Gebotene doch nur für ein Provisorium, denn es entspricht immer noch nicht der Vorbildung und Stellung der betreffenden Lehrer. Der beabsichtigten Funktionszulage kann ich nicht das Wort reden, namentlich nicht in unserer politisch bewegten Zeit, wo, wie mir mitgetheilt wird, ein Oberpräsident bei jeder Gelegenheit fragt: Welche politische Haltung hat der Mann?" (Heiterkeit rechts. Ruf: Hermes!) Was da geschehen ist, will ich keineswegs in Schutz nehmen. Auch der Erhöhung des Schulgeldes kann ich nicht zustimmen, da die Auferlegung neuer Schullasten dem Ansehen der Lehrer und ihrer pädagogischen Wirksamkeit leicht Schaden zufügen kann. Sodann wünsche ich die Anrechnung der Dienstjahre als Hülfslehrer bei der Gehaltsnormirung und Pensionirung und auch bei Anrechnung der Militär-Dienstjahre. Ich wünsche, daß die Regierung auf dem betretenen Wege fortfährt. — Abg. Graf (Elberfeld, natlib.): Ich will die Vorzüge des Normaletats nicht verkennen, aber neben der anerkannten Bedürfnißfrage haben die Lehrer an höheren Anstalten noch dringende Wünsche in Bezug auf die Rangordnung, sie wollen mit den Richtern erster Instanz gleich gestellt sein, deshalb empfehle ich den Antrag Kropatscheck. Die Lage der wissenschaftlichen Hilfslehrer ist ein wunder Punkt; in Ostpreußen sind 10 pCt. in Westpreußen 15 pCt. aller Stellen mit solchen Lehrern besetzt, und nun soll ihnen noch der Nachtheil werden, daß diese Dienstjahre als Hülfslehrer nicht angerechnet werden sollen. Ich empfehle daher unsern Antrag, die Dienstjahre als Hülfslehrer über drei Jahre hinaus in Anrechnung zu bringen. Wir sind überzeugt, daß bei einer Besserung der Finanzlage die Regierung auf dem betretenen Wege im Sinne unserer Wünsche fortschreiten wird. — Minister Miquel: Das Verhältniß der Hülfslehrer zu den definitiv angestellten ist bei den vom Staate zu erhaltenden Anstalten ganz normal geregelt, damit sind 2093 angestellte und 185 Hülfslehrer vorhanden. Eine gewisse Zahl von Hülfslehrern wird immer unentbehrlich sein. Ein dringender Mißstand herrscht bei den Staatsanstalten nicht und wo er bei Kommunalanstalten vorherrscht, da sind wir bestrebt, ein richtiges Verhältniß herbeizuführen.

Abg. Dürre (nat.-lib.): Trotzdem auch ich dem Herrn Finanzminister dankbar bin, kann ich doch zustimmen, daß mit dem Normaletat ein Abschluß nicht erreicht ist, denn seit Jahren ist die Strömung der Unzufriedenheit und Muthlosigkeit im Wachsen begriffen. Ohne Zufriedenheit können Treue und Pflichtgefühl nicht allein den schwierigen Beruf erfüllen lassen. Auch wir sind berufen, am Wohle dieses Standes mitzuarbeiten schon um unserer Kinder willen. Ich empfehle daher unsern Antrag. Von prinzipieller Bedeutung ist der Unterschied zwischen Leitern von Vollanstalten und Nichtvollanstalten, letztere beziehen 300 Mark weniger. Man weist ihnen dadurch eine inferiore Stellung an, was bei ihrem Bildungsgrade ungerechtfertigt ist. Die Hilfslehrer stehen immer noch unter der Gefahr der Kündigung und sie ist näher gerückt, wenn nach den neuen Reformplänen die Stundenzahl verringert wird. Ich bitte die Staatsregierung um eine Nachweisung darüber, wann der Hilfslehrer in die Stellen von ordentlichen Lehrern einrückt und wie lange es dauert, bis er Oberlehrer wird. Man hat auf Kosten der Hilfslehrer und auf Kosten des Schulwesens große Ersparungen gemacht. Viele von ihnen verkümmern in der langen Wartezeit und verschwinden von der Bildfläche oder werden Redakteure sozialdemokratischer Winkelblätter. Unsere beiden Anträge bezwecken die Lage dieser Lehrerklasse zu verbessern. — Minister Graf von Zedlitz: Man fragt, ob es nicht angezeigt ist, die sogenannte 900-Mark-Zulage ganz einfach nach der Anciennität an alle Lehrer zu ertheilen. Die Regierung will aber der Aufsichtsbehörde Bewegungsfreiheit belassen aus schultechnischen Gründen. Es ist unumgänglich nöthig, daß man beim Aufrücken in den verschiedenen Fächern und Stellen muß Auswahl treffen können. Bedenklich kann das nicht scheinen, denn man müßte einen sehr niedrigen Maßstab an die Lehrer anlegen, wenn man 900 Mark für sie als ausschlaggebend für ihre Haltung bezeichnen wollte. Die Regierung will gar nicht von der Anciennität abweichen, sie will blos die Möglichkeit haben, auch einem tüchtigen Lehrer, der die höhere wissenschaftliche Qualifikation nicht besitzt, die Zulage geben zu dürfen. Wenn es möglich gewesen wäre, ohne Schulgelderhöhung die Schul-Etat-Bedürfnisse zu befriedigen, so wäre es geschehen. Die Erhöhung ist nicht unbillig, sondern lediglich zweckmäßig und zieht die Familie nicht in dem Maße zu Mehrleistungen heran wie den Staat und die Gemeinde. Ich muß den Nothstand der Hülfslehrer anerkennen. Aber sie sind in unseren Wünschen, hier Abhilfe zu schaffen durch die Thatsachen beschränkt. In Preußen haben wir rund 4400 Lehrerstellen und gegenwärtig 1901 Kandidaten. Das ist ein so ungünstiges Verhältniß, daß das weitgehendste Entgegenkommen nichts gegen die Ueberfüllung helfen kann. In Hannover beträgt die Wartezeit im Durchschnitt bei staatlichen Anstalten drei und vier Jahre, bei städtischen 2—3 bei Philologen, 3—4 bei Mathematikern; in Pommern 5 Jahre bezw. 5 und 4 Jahre. In Schlesien 5 und 4 Jahre bezw. 3—4 und 4—5 Jahren. Die Oberlehrerstelle wird in den drei Provinzen nach 14, 15 und 16 Dienstjahren erlangt. Man wird zugeben, daß die Sache für die, welche überhaupt zur Anstellung gelangen, nicht so schlimm ist. Eine Anstellung der Hilfslehrer rein nach der Anciennität ist nicht möglich, denn sie setzt ein Verzeichniß aller Hilfslehrer im ganzen preußischen Staate, gleiche Fakultas und gleiche praktische Befähigung voraus. Eine persönliche Benachtheiligung irgend eines Hülfslehrers durch die Provinzial-Behörden ist nach allen Untersuchungen niemals vorgekommen, immer liegen sachliche Gründe vor. Auch die Lehrpläne werden für die neuen Hilfslehrer nicht die gefürchteten nachtheiligen Folgen haben. Die Gehaltsunterschiede in den Rektoren- und Direktor Klassen ist durch das Arbeitsmaß und die verschiedene Verantwortlichkeit gerechtfertigt. In der Rang und Titelfrage kommt die Regierung den Wünschen des Hauses außerordentlich nach. Wir bitten Sie, dem Normaletat zuzustimmen.

Hierauf wird die Debatte auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung vom 9. März.

Die zweite Berathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wird mit Tit. 1 Zölle mit dem dazu gehörigen Antrage Menzer und Gen. (Erhöhung des Tabakzolls von 85 auf 125 Mark) fortgesetzt.

Abg. Brünings (nl.): Die Klagen der Tabakbauern haben zum Gegenstand den Rückgang des Tabaksbaues, den schlechten Absatz und Preis. Die mit Tabak bebaute Fläche hat sich überall erheblich verringert. Die Ursache muß gesucht werden in dem Rückgang der Ausfuhr und der Zunahme des Imports. Gerade in den Centren des deutschen Handels hat sich eine Großindustrie etablirt, die im Wesentlichen mit ausländischen Tabaken arbeitet. Die Unkosten des Tabakbaues haben sich namentlich in der Pfalz erheblich vermehrt. Diese Mißstände werden hoffentlich verschwinden, wenn der Zollsatz erhöht wird. Ich kann Sie nur bitten, für den Antrag Menzer zu stimmen. — Abg. Clemm-Ludwigshafen (nl.): Die Pfälzer Tabakbauern befinden sich seit Jahren in schlechter Lage, da der Bau des Tabaks immer unlohnender geworden ist. Der Werth der Grundstücke ist stellenweise ganz erheblich gesunken. Dabei kommt nur der leichteste Boden in Betracht, wo der Tabak am besten gedeiht und sonst nichts anderes gebaut werden kann. Ich bitte Sie, den Antrag Menzer anzunehmen. — Abg. Dr. Barth (dfs.): Daß die Lage der Pfälzer Tabakbauer keine glänzende ist, gebe ich zu. Aber so schwarz darf man die Sache doch nicht malen. Der Durchschnitt der letzten 10 Jahre beweist, daß sowohl die Produktion sich gesteigert als auch die Preise sich erhöht haben. Bis zu einem gewissen Grade erkenne ich die Berechtigung der Klagen an, aber ist der Antrag wirklich ein Mittel zur Abhilfe? Der Schaden, der dadurch erwachsen würde, wäre viel größer als der Nutzen. Der ganze Vorschlag läuft darauf hinaus, dem Konsumenten durch die Gesetzgebung den Konsum von ausländischem Tabak zu verleiden und ihn aus Verzweiflung zu dem Konsum inländischen Produkts zu veranlassen. Die Erhöhung des Zolls würde dazu führen, den Anbau besserer Sorten zu befördern. Dagegen die schlechten Tabake, die heute das Hauptgeschrei erheben, würden schlecht wegkommen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch darauf hinweisen, da ich einmal das Wort habe, daß die Herabsetzung der Getreidezölle infolge der Handelsverträge den Konsumenten voll zu Gute gekommen ist. Wir können hier einmal die Probe auf das Exempel machen, wir sehen, wie richtig die Sache immer von uns und wie falsch sie von schutzzöllnerischer Seite aufgefaßt ist. Der Getreidepreis in Deutschland ist seit 3 Monaten stärker gesunken, als sonst auf dem Weltmarkt. In Berlin war der Preis pro Tonne Weizen am 7. November 1891 240 Mark, in London 193,8 Mark. Am 6. Februar 1892 war der Preis in Berlin 201,7 Mark, in London 170,9 Mark, also eine Differenz von 15 Mark, welche wir allein dem Zoll zu verdanken haben. Der Roggenpreis für den Doppelzentner betrug in Berlin im Januar 1891 17,92 Mark, und stieg bis Dezember auf 23,83, d. h. um 6,31 Mark. Die Brodpreise stiegen in demselben Maße, während sie Anfangs Januar 1891 auch pro Doppelzentner 28,39 Mark betrugen, stiegen sie bis Dezember auf 34,63 Mark, also auch um 6 Mark. Daraus ergiebt sich klar, wie berechtigt unser Verlangen ist, daß die Getreidezölle abgeschafft werden sollen.

Staatssecretär Frhr. v Malzahn: Ich glaube im Interesse des hohen Hauses zu handeln, wenn ich auf die Frage der Getreidezölle, welche soeben durch den Abschluß der Handelsverträge ihre Lösung gefunden hat, nicht weiter eingehe. Nur in einer Beziehung möchte ich den Ausführungen des Vorredners über diesen Punkt doch sofort ein Fragezeichen hinzufügen. Der Vorredner meinte, daß der Preisabschlag, welcher nach dem 1. Februar innerhalb Deutschlands bei der Brotfrucht eingetreten ist, ausschließlich seine Ursache in der Ermäßigung der Zölle hat. (Widerspruch des Abg. Dr. Barth.) Ich habe die Sache so aufgefaßt. Ich habe in seinen Ausführungen aber die Erwähnung eines Momentes vermißt, welches nach meiner Meinung dabei sehr erheblich mitgewirkt hat, nämlich das Hereinströmen der außerhalb der Grenzen in Erwartung der Ermäßigung der Zollsätze zurückgehaltenen Getreidevorräthe. (Sehr richtig!) Das Wort habe ich mir aber nicht um dieser Frage willen erbeten, sondern um eine kurze Erklärung in Bezug auf den Antrag Menzer abzugeben. Diese Erklärung kann nur dahin lauten, daß die verbündeten Regierungen, wenn der Reichstag einen solchen Antrag annehmen sollte, ihn in Erwägung nehmen werden; wie aber ihre Entscheidung materiell ausfallen wird, das bin ich heute außer Stande zu erklären. Die verbündeten Regierungen sind noch nicht in der Lage gewesen, Stellung zu dem Antrage zu nehmen. Der Antrag ist bereits hier vor einem Jahre einmal gestellt und behandelt worden; damals aber bekanntlich in der Sitzung vom 10. Februar vorigen Jahres abgelehnt. Nun verkenne ich allerdings nicht, daß dieser ablehnende Beschluß dadurch wesentlich an Bedeutung verliert, daß bei einer späteren Abstimmung in derselben Sitzung sich herausstellte, daß der Reichstag damals wahrscheinlich nicht so zahlreich versammelt war wie heute. (Heiterkeit.) Der Erfolg ist nun der gewesen, daß über den zweiten Theil des damals in seinem ersten Theile abgelehnten Antrags, welcher eine Ermäßigung der inneren Tabaksteuer bezweckte, die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt wurde, und dieser Theil ist den verbündeten Regierungen von Seiten des Reichstages überwiesen worden. Die verbündeten Regierungen haben diese Resolution des Reichstages den zuständigen Ausschüssen überwiesen; von diesen ist über die Angelegenheit bisher noch nicht verhandelt. (Unruhe.) Es ist allerdings in dem Wirthschaftsjahre 1891/92 ein geringer Rückgang in den tabakbepflanzten Flächen und in der Zahl der Pflanzer eingetreten; aber dieser Rückgang ist nicht größer, als er, wie Sie aus den Tabellen der vorjährigen Denkschrift sehen können, mit ziemlicher Regelmäßigkeit jedesmal eingetreten ist, wenn in dem vorangegangenen Jahre die Preise für den inländischen Tabak sich in sinkender Richtung bewegten. Auf eine Preissteigerung in einem Jahre ist eine Steigerung der Anbaufläche im folgenden Jahre gefolgt und umgekehrt, und dieser Vorgang hat sich auch in den beiden letzten Jahren wiederholt. Die Anbaufläche pro 1891/92 steht zurück hinter der pro 1890/91, diese ist aber immerhin noch höher als die des Jahres 1889/90 und ebenso ist die Zahl der 1891/92 mit Tabak bepflanzten Grundstücke höher als im Jahre 1889/90, dagegen geringer als 1889/90 ist allerdings die Zahl der Pflanzer, welche sich mit dem Tabakbau beschäftigt haben. Die verbündeten Regierungen werden also zunächst abzuwarten haben, was der Reichstag über den Ihnen vorliegenden Antrag beschließen wird.

Abg. Dr. Bürklin (nl.): Der Abg. Barth bestritt, daß in den letzten Jahren in der Lage des Tabakbaues eine Verschlechterung eingetreten sei. Nach der Reichsstatistik, die man doch für maßgebend halten muß, ist der Durchschnittspreis des letzten Jahres ganz erheblich niedriger als in den beiden Vorjahren. Auch der Durchschnittspreis für die letzten 10 Jahre beweist, daß ein sehr wesentlicher Rückgang eingetreten ist. Der Schutz des inländischen Tabaks kann nur durch eine Zollerhöhung erreicht werden. Vom Auslande bekommen wir nicht nur blos gute Sorten. Der schlechte amerikanische Tabak wird unsern Konsumenten sehr oft als feiner Havannatabak aufgehalst. Wir haben inländische Sorten, die viel besser sind. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die inländische Tabaksteuer hinweisen. Die Art, wie das Gesetz bei uns gehandhabt wird, hat vielfach berechtigte Mißstimmung erregt. Es kommt oft vor, daß der Bauer die Frucht seiner sauren Mühe lieber auf den Mist wirft, als daß er die hohe Steuer bezahlt. Ich bitte Sie, den Wünschen der Tabakbauern Rechnung zu tragen, indem Sie diesen Antrag annehmen. Sie werden dadurch ein gutes Theil Unzufriedenheit beseitigen. (Beifall.) — Abg. von Winterfeldt (kons.) empfiehlt gleichfalls die Annahme des Antrags Menzer. Der Zweck des Antrags sei lediglich die Hebung des inländischen Tabakbaues ohne Rücksicht auf den ausländischen Tabak. — Abg. Scipio (nl.): Nach meinen Erfahrungen kann ich alles bestätigen, was hier über die Lage des Tabakbaues gesagt ist. Es handelt sich vor allem um die Erhaltung des kleinen Bauernstandes. Kein Zweig der Landwirthschaft, ausgenommen der Weinbau, erfordert so viel Mühe als der Tabakbau. Ich vermutte mich dahin: eine Erhöhung der jetzigen Zollsätze wird leider unserem Tabakbau nicht helfen können, wohl aber dürfte eine Herabsetzung der inländischen Steuer sich empfehlen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) führt aus, daß nicht die Zollerhöhung unserm inländischen Tabakbau helfen könne, sondern die Verbesserung der Qualität. Der Antrag würde, wenn er angenommen würde, wahrscheinlich weder zu einer Herabsetzung der Arbeitslöhne der Cigarrenarbeiter führen. Als s. Z. die Steuer erhöht sei, hätten sich die Fabrikanten dadurch geholfen, daß sie den Arbeitern Lohnabzüge machten. So würde es auch diesmal wieder kommen. Zu einer Hebung des inländischen Konsums würde der Antrag sicherlich nicht führen, denn aus reinem Patriotismus würde Niemand schlechte Cigarren rauchen. — Abg. Dr. Höffel (Rp): Nach meiner Ansicht ist das Beste für den Tabakbauer das Monopol. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen empfehle ich Ihnen die Annahme des Antrags Menzer. — Abg. Trölsch (nl.): Aus den gleichen Gründen wie die Abgg. Dr. Bürklin, Clemm und Brünings, die ausführlich die Tabakbaufrage dargelegt haben, stimme ich auch für den Antrag Menzer u. Gen. Ich bin nicht Fachmann, weiß aber, daß in meinem Wahlkreise die Lage der Tabakbauern eine außerordentlich bedenkliche geworden ist in Folge der ausländischen Konkurrenz. Die Preise in meinem Wahlkreise sind in unglaublich kurzer Zeit von 18 bis 25 Mk. auf 8 bis 10 Mark gesunken, ein Preis, bei dem nichts mehr verdient wird. Ich bemerke, daß, wo die Bodenverhältnisse es gestatten, zum Getreidebau übergegangen wird, daß in vielen Gegenden dies aber nicht möglich ist und daß da der Tabak-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920311024/fragment/page=0001

produzent des Schutzes bedarf, der ihm durch den vorliegenden Antrag zugewiesen werden soll.

Abg. Dr. Oxterer (Ctr.): Daß wir hier einem großen Notstande gegenüberstehen, ist in der bayrischen Kammer allseitig anerkannt. Mir ist es allerdings sehr zweifelhaft, ob eine Zollerhöhung dem Tabakbau ausgiebig helfen würde. Dagegen möchte ich die Regierungen bitten, möglichst bald die bessernde Hand an die Tabaksteuer zu legen. Für das Tabakmonopol kann ich mich nicht aussprechen. Der Abg. Dr. Barth hat die Getreidezölle in die Debatte gezogen. Was er darüber sagte, ist nicht neu, sondern mindestens zwölf Mal hier schon von jener Seite vorgebracht worden. Selbst seine neuesten Forschungen auf diesem Gebiete können nichts beweisen. Die Thatsache ist doch unbestreitbar, daß trotz des Rückganges der Getreidepreise ein Preisrückgang für Mehl und Brod nicht eingetreten ist. — Abg. Broemel (df.): Der Vorredner scheint vergessen zu haben, daß der Abg. Barth ganz bestimmte Thatsachen angeführt hat. Darüber kann kein Zweifel sein, daß die Zollherabsetzung in den Handelsverträgen den Konsumenten bereits in erheblichem Maße zu Gute gekommen ist. Was den Tabak betrifft, so genießt derselbe schon heute einen beträchtlichen Zollschutz, der 133 pCt. des Werthes ausmacht. Der Antrag Menzer will diesen Betrag auf 206 pCt. erhöhen. Ich will hoffen, daß die heutige Debatte über den Tabakszoll für längere Zeit die letzte sein wird. Den Antrag Menzer bitte ich Sie abzulehnen. — Abg. Frhr v. Stumm (Rp.): Wenn es der Allgemeinheit wohlergehen soll, dann muß man auch für das Wohlergehen der einzelnen Erwerbszweige sorgen. Von diesem Standpunkt gehen meine Freunde bei Beurtheilung von Zollfragen aus. — Abg. Dr. Barth (df.) erwidert dem Abg. Oxterer, derselbe habe auch nicht den mindesten Beweis für seine Behauptungen beigebracht. Er müsse daran festhalten, daß die Getreidezölle das deutsche Volk zu Gunsten einer kleinen Minorität von Großgrundbesitzern schwer belasteten. — Abg. Menzer (kons.) tritt in längeren Ausführungen für den Antrag auf Erhöhung des Tabakszolles ein. — Abg. Holtz (Rp) bestreitet, daß die Getreidezölle nur einer Minorität zu Gute kämen. Sie seien vielmehr ein Vortheil für das ganze Land.

Badischer Bundesbevollmächtigter Geh. Oberfinanzrath Scherer verweist auf die Verhandlungen in der badischen Kammer, aus denen der Standpunkt, welchen die badische Regierung zu den zahlreichen Petitionen aus den Kreisen der Tabakbauer einnehme, klar hervorgehe.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Broemel, Dr. Oxterer, Molkenbuhr und Dr. Barth wird die Position Zölle bewilligt. Die Abstimmung über den Antrag Menzer, betr. Erhöhung des Tabakszolls ergiebt, daß 93 Mitglieder mit Ja, 85 mit Nein stimmen. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Präsident v. Levetzow erklärt die nächste Sitzung auf 4¼ Uhr an und setzt auf die Tagesordnung die Fortsetzung der eben abgebrochenen Berathung.

Abg. v. Malsow (kons.) zur Geschäftsordnung: Mein Freund Frhr. v. Manteuffel hat bei Besprechung der Handelsverträge darauf hingewiesen, daß die Frage des Unterstützungswohnsitzes einer weiteren gesetzlichen Regelung bedarf. Der Reichskanzler hat die Güte gehabt, zu erklären, daß eine derartige Vorlage in Vorbereitung wäre und noch in dieser Session dem Reichstage zugehen würde. Diese Erklärung des Reichskanzlers hat in weiten Kreisen hohe Befriedigung hervorgerufen. Namentlich in landwirthschaftlichen Kreisen sieht man der Vorlage mit großer Freude und Genugthuung entgegen. Ich erlaube mir deshalb an den Herrn Präsidenten die Anfrage, ob er in der Lage ist, uns darüber Auskunft zu ertheilen, wie weit die Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung gediehen sind (Unruhe links). — Präsident v. Levetzow: Wenn mir eine Vorlage der verbündeten Regierungen zugeht, so theile ich dies unmittelbar darauf dem Hause mit. Bisher ist mir noch keine Vorlage zugegangen. — Staatssekretär v. Bötticher: Ich bin sehr gern bereit, die Wißbegierde des Abg. v. Massow zu befriedigen und ihm zu sagen, daß mit Ermächtigung Sr. Majestät dem Bundesrath eine Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz zugegangen ist. Wie lange der Bundesrath brauchen wird, diese Novelle durchzuberathen, kann ich selbstverständlich nicht wissen. Schluß 4½ Uhr.

---

192. Sitzung vom 9. März. (5 Uhr.)

Die Etatsberathung wird beim Titel Tabaksteuer fortgesetzt. Der Titel wird debattelos bewilligt, ebenso der Rest des Gesammtetats, das Etats- und Anleihegesetz.

Damit ist die zweite Berathung des Etats erledigt. Die Abstimmung über die Resolution Menzer (Erhöhung des Tabakzolles), sowie über die zum Justizetat eingebrachte Resolution v. Bar betr. die Auslieferung von Ausländern wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Levetzow: Ich berufe die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr an. Ich thue dies in der Hoffnung, daß am Montag der Reichstag endlich vollzählig beisammen sein wird. Ich richte an alle Parteien die dringende Bitte, ihre Mitglieder ernstlich aufzufordern, unseren Sitzungen beizuwohnen. Der bisherige Zustand kann nicht aufrecht erhalten werden, er macht die Führung der Geschäfte des Hauses unmöglich und setzt den Reichstag vor der ganzen Welt herab.

Die Tagesordnung der Sitzung vom Montag bilden das Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika betreffend Schutz der Urheberrechte, verschiedene Rechnungssachen sowie die dritte Lesung der Krankenkassennovelle.

Dem Provinzial-Landtag

ist folgende Geschäftsübersicht der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt am Jahresschluß 1891 zugegangen:

Umfang der Geschäfte im Allgemeinen.

Die Summe der Geschäftseingänge (Journalnummern) betrug Ende Dezember 1891 44,576 oder durchschnittlich für den Arbeitstag 148, die der Geschäftsausgänge (Absendungen) 91,541 oder durchschnittlich für den Arbeitstag 303.

Beamte.

Im Decernat außer dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden: 1 Landesrath, 3 Gerichtsassessoren als Hülfsarbeiter. Zeitweise ist auch ein vierter Hülfsarbeiter beschäftigt worden. Im Bureau: 8 Provinzialbeamte, davon 2 zugleich Controlbeamte, 5 Anstaltsbeamte, auf vierteljährliche Kündigung angestellt, 12 im Probedienst, 1 zur informatorischen, unentgeltlichen Beschäftigung, dazu 15 Hülfsschreiber, 1 Bureau- und Kassendiener, 1 Actenheter, 41 Controlbeamte.

Renten.

Summa der eingegangenen Altersrenten-Anträge 9289, davon anerkannt 7842, abgewiesen 682, auf andere Art erledigt 98, zusammen erledigt 3622, noch unerledigt 667.

In Folge Anerkennung des Anspruchs sind an Renten bewilligt an 3319 Personen 1. Klasse 354,487.80 Mk., an 3159 Personen 2. Klasse 426,468 Mk., an 1089 Personen 3. Klasse 177,710.40 Mk., an 275 Personen 4. Klasse 52,630.20 Mk, w. o. 7842 Personen zu 1,011,296 40 Mk. Davon zu Lasten des Reichs 392,100 Mk. und zu Lasten der Versicherungsanstalt 619,196.40 Mk.

Summe der eingegangenen Invalidenrenten-Anträge 14, welche unerledigt in das Jahr 1892 übernommen worden sind.

Gegen die ergangenen 8524 Bescheide wurde Berufung eingelegt von den Versicherten in 258 Fällen, dem Staatskommissar in 19 Fällen, zusammen in 277 Fällen. Die Berufung wurde erledigt durch Vergleich oder Zurücknahme in 12 Fällen, Bestätigung des Bescheides der Versicherungsanstalt in 73 Fällen, Abänderung des Bescheides der Versicherungsanstalt in 55 Fällen und auf andere Art in 13 Fällen, zusammen in 153 Fällen. Unerledigt blieben am Jahresschluß 124 Fälle.

Gegen die Entscheidung der Schiedsgerichte wurde Revision eingelegt vom Versicherten in 5 Fällen, vom Staatskommissar in 1 Falle, vom Vorstande der Versicherungsanstalt in 6 Fällen, zusammen in 12 Fällen.

Die Revisionen wurden erledigt durch Bestätigung der schiedsgerichtlichen Entscheidung in 4 Fällen, durch Zurückverweisung an das Schiedsgericht in 2 Fällen, zusammen in 6 Fällen. Unerledigt blieben am Jahresschlüße 6 Fälle.

Versäumnisse bezüglich der Markenverwendung. Der Vorstand hat von dem Rechte der Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Arbeitgeber, welche die rechtzeitige Verwendung von Marken in zureichender Höhe unterlassen hatten, anfänglich sehr schonenden Gebrauch gemacht. Immerhin mußten bis Ende Dezember 395 Strafbescheide erlassen werden, gegen welche in nur 20 Fällen von dem Rechte der Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt Gebrauch gemacht wurde. Auf die eingelegte Beschwerde wurde der Strafbescheid bestätigt in 5 Fällen, die Strafe ermäßigt in 1 Falle, die Angelegenheit mit dem Anheimgeben der Niederschlagung an den Vorstand zurückgegeben in 2 Fällen, während die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts noch aussteht in 12 Fällen.

Markenverkauf.

Der Erlös aus dem Verkaufe von

stellte sich im Monat		Beitrittsmarken Mk.	Doppelmarken Mk.
Januar	auf .	469,591.62	689.64
Februar	„ .	308,506 94	338 24
März	„ .	393,964.04	224 56
April	„ .	424,975.71	206.92
Mai	„ .	379,488.51	189.—
Juni	„ .	405,084 50	257 60
Juli	„ .	447 208 34	197.96
August	„ .	420,015.57	183 68
September	„ .	462,704.19	274 96
Oktober	„ .	528,446 71	331.80
November	„ .	482,504 69	378.84
Dezember	„ .	647 747.48	619 08
zu übertragen	Sa.	5,370,327.70	3892 28

Von dem Erlöse aus den Doppelmarken entfallen auf die Versicherungsanstalt 5/7 mit 2700.20 Mk., Sa. Einnahme aus dem Markenverkauf 5,373,107.90 Mk.

Ankauf von Werthpapieren.

Angekauft wurden 2,400,000 Mk. 4 pCt. Preußische Konsols, 1,660,000 Mk. 3½ pCt. Preußische Konsols, 312,500 Mk. 3 pCt. Preußische Konsols, 50,000 Mk. 3½ pCt. Deutsche Reichsanleihe, in Sa. 4,422,500 Mk. zu dem Ankaufspreise — ausschließlich Stückzinsen — von 4,491,081.29 Mk.

Aus der Stadt und Umgebung.

Halle, 10. März.

Städtische Kommission.

Bau-Kommission.

Sitzung am Freitag, den 11. März cr., Nachmittags 5 Uhr, im Amtszimmer des Herrn Stadtbaurath Lohausen.

Tagesordnung.

1. Verbindungsbahn nach dem Sophienhafen.
2. Kühlanlage für das Schlachthaus.
3. Trottoirisirung des Rathskellerneubaues.
4. Erwerb von Land zum Schulberg.
5. Errichtung eines Kinderasyls.
6. Erwerb von Land zur kl. Ulrichstraße.

-n. **Lehrerverein.** (Sitzung vom 8. März.) Zunächst wurde Bericht erstattet über die an die Schulkommission gerichtete Bittschrift, in welcher dem Wunsche um Gleichlegung der Ferien der Elementarschulen mit denen der höheren Schulen Ausdruck gegeben wird. In der Begründung wird auf folgende Punkte hingewiesen: die ungleiche Freiendauer verschärft ungewollt die sozialen Gegensätze zwischen arm und reich. Kürzere Ferien sind für Kinder der Elementarschulen nicht angebracht, da die Klassen oft überfüllt sind und viele Schüler einen erheblichen Theil des Tages in ungesunden Wohnungen zubringen müssen. Auch die Lehrer an niederen Schulen bedürfen derselben Erholung wie die an höheren Schulen, zumal sie mehr Kinder zu unterrichten haben und ihre Stundenzahl eine höhere ist. Für Familien der Bürger und Lehrer, deren Kinder verschiedene Schulanstalten besuchen, ruft die ungleiche Ferienzeit unerwünschte Störungen hervor, desgleichen auch für den Konfirmandenunterricht. Zum Schluß wird um gleiche Dauer wenigstens der Sommer- und Herbstferien gebeten, wenn nicht sämmtliche Ferien gleich gelegt werden können. — Es wurde ferner ein ständiger Ausschuß für Schulgesundheitspflege ernannt, dem die Herren Schellenberg, R. Schumann und Rektor Steger angehören. Ueberdem berichten über die wichtigsten Vorkommnisse auf diesem Gebiete, und es wird ihnen die „Zeitschrift für Gesundheitspflege“ vom Vereine zur Verfügung gestellt. — In diesem Jahre soll auch zum ersten Male ein Verzeichniß der Lehrerschaft von Halle und Giebichenstein hergestellt werden, und zwar ist folgende Einrichtung geplant: 1) Alphabetisches Verzeichniß der Rektoren, Lehrer, Lehrerinnen, Emeritten und der zeitweise beschäftigten Lehrpersonen mit Angabe der Wohnung. 2) Angabe der einzelnen Schulen mit ihren Klassen und Klassenlehrern. 3) Verzeichniß der Lehrerschaft nach der Zeit der hiesigen Anstellung; hierbei werden erwähnt die Orte der Vorbildung und früheren Anstellung, Geburtstag und Geburtsort. 4) Schulbehörden. 5) Mittheilungen über den Lehrerverein: Gründung und andere geschichtliche Hauptsachen, Statuten, Jahresbericht. 6) Aehnliche Nachrichten über Gesang-, Turn-, Sterbekassen- und Pestalozzi-Verein, Verein der Lehrerinnen, Verein zur Versicherung gegen Brandschäden, Vereinigung zur Förderung des Zeichenunterrichts, Bibliotheken, Knabenhorte, Ferienkolonien, Schülerwerkstätten, Kindergärten, Taubstummen-Anstalt und ferner Statistisches über das hiesige Schulwesen. Die Herausgabe der Broschüre wird Herr R. Schumann übernehmen. — Am 25. März wird das Stiftungsfest gefeiert werden. In nächster Sitzung wird Herr R. Schumann einen Vortrag halten: „Betrachtungen über die Stellschrift vom geschichtlichen, gesundheitlichen, pädagogischen und praktischen Standpunkte aus.“

— **Verein für Erdkunde.** In der gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Herrn Prof. Frhr. v. Fritsch erstattete zunächst der Schriftführer Bericht über das verflossene Vereinsjahr. Herr Dr. Ule hat sehr werthvolle und interessante Untersuchungen der hiesigen Grundwasserverhältnisse angestellt. Die Zahl der Mitglieder ist auf 478 gewachsen und das Vereinsvermögen beträgt rund 2½ Tausend Mark. Bei der durch Acclamation vorgenommenen Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt bis auf Herrn Dr. Lübbert, der für seinen Posten Herrn Dr. Ule vorschlug, der die Wahl annahm. Herr Dr. Drygalsky hielt einen Vortrag über Grönland, welches er im Mai vorigen Jahres auf mehrere Wochen besuchte. Redner schildert eingehend das Land und ihre Bewohner, sowie die Entstehung der Elsberge und Gletscher.

— **Stenographen-Verein nach Stolze.** In der letzten Sitzung des Stenographen-Vereins nach Stolze erstattete der 2. Vorsitzende Bericht über das letzte stattgehabte Wett- und Prämienschreiben, als dessen Ergebniß die Herren Assistent Staatsmann und Lehrer Schellenberg in der 1. und 2. Abtheilung und Kaufmann Frosch in der 3. (höchsten) Abtheilung, erstere mit je 1 Band der Stolzebibliothek, letzterer mit der Stolzebiographie ausgezeichnet werden konnten. Herr Frosch leistete zu Gunsten der Vereinsbibliothek auf seine Prämie Verzicht. Weiter wurde u. a. die Neueinrichtung des Lesezirkels beschlossen und ferner die Vorlegung der seit längerem geplanten Statutenänderungen seitens des Vorstandes für eine der nächsten Hauptversammlungen in Aussicht gestellt. Die geschäftlichen Sitzungen sollen in Zukunft an jedem ersten Vereinsabende (Freitag) im Monat abgehalten, die übrigen Abende ausschließlich den Uebungen der Mitglieder gewidmet werden.

— **Schauturnen.** Mittwoch Nachmittag fand in den Räumen der Universitäts-Turnhalle die Turnvorstellung der im letzten Jahre ausgebildeten Turnlehrer und Turnlehrerinnen statt, zu welcher sich eine Anzahl Damen und Herren als Zuschauer eingefunden hatten. Die Sicherheit, Gleichmäßigkeit und elegante Ausführung der Freiübungen, verschiedene Gangarten, Stabübungen, Reigen und Geräthübungen von Seiten der Lehrerinnen zeugten von tüchtiger Arbeit, großem Fleiße und hingebender Anstrengung der Kursusteilnehmer als auch der Leiterin, des Fräulein Neubert. Inzwischen turnten die 18 männlichen Theilnehmer des Kursus, hiesige Lehrer und Studenten, unter Herr Dtebow's Leitung. Daß die Freiübungen, Uebungen mit Eisenstäben und die Reigen gut und sicher ausgeführt wurden, war im Voraus zu erwarten. Besonderes Interesse boten die Geräthübungen am Reck, Barren und Pferd; selbst die schwierigen Uebungen dieser Art wurden von allen, selbst älteren Herren ausgeführt, wodurch die Gleichmäßigkeit der Ausbildung auch in diesen Punkten bewiesen wurde. Einige sich anschließende Kürübungen boten sogar künstlerische Leistungen. Auch die Fechtübungen gelangen trefflich. In acht Tagen wird hier die mündliche und schriftliche Prüfung der Ausgebildeten stattfinden, an welcher auch elf Auswärtige sich betheiligen.

— **Stadttheater.** Am kommenden Sonntag findet eine Wiederholung von R. Wagners „Die Walküre“ mit Herrn Fritz Ernst von der königl. Hofoper in Berlin in der Rolle des „Siegmund“ statt. Raymunds Zaubermärchen „Der Verschwender“ geht am Sonntag Nachmittag als Fremdenvorstellung bei halben Preisen in Szene. Gustav von Moseres Lustspiel „Der Bureaukrat“ mit Herrn Schmidt-Häßler in der Titelrolle wird neu einstudirt am Sonnabend gegeben. Die Pantomime „Der verlorene Sohn“ von Michel Carré wird durch ein Wiener Ensemble zur Aufführung gebracht. Die Leitung desselben liegt in den Händen des Herrn Direktor Schultz vom Volkstheater in Wien. Inscenirt ist das Werk von der bekannten Pantomimistin Sidoni Rakosi am Pester National-Theater.

— **Concordia-Palast.** Gestern Abend concertirte die Kapelle des Königl. Preuß. 2. Garde-Ulanen Regiments aus Berlin, unter Leitung ihres Stabstrompeters Herrn E. Neese, im Saale des Concordia-Palastes. Das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920311024/fragment/page=0002

Concert war sehr gut besucht und fanden sämmtlich aufgeführte Musikstücke den ungetheilten Beifall der Besucher, sodaß sich Herr Neese veranlaßt sah, noch einige sehr gut ausgeführte Piècen zum Besten zu geben.

— **Vermiethung.** In dem heute Vormittag im Stadtsekretariate angestandenen Termine zur Vermiethung des städtischen Hausgrundstückes Mühlgraben 10a hat der Maschinenfabrikant Louis Hertel von hier das Meistgebot mit 500 Mark abgegeben. 490 Mark bot der Rohproduktenhändler Wilhelm Weiland von hier. Der bisherige Miethszins betrug 525 Mark.

Provinz und Reich.

Nordhausen, 8. März. Die Volksküche des hiesigen Vereins für freiwillige Armenpflege hat in den seit ihrer Eröffnung zurückgelegten acht Wochen insgesammt: 22,180 Portionen Essen abgegeben, also durchschnittlich täglich 396 Portionen. — Der hiesige Gewerbeverein veranstaltet auch in diesem Jahre zu Ostern für die ausgelernten Lehrlinge eine (theoretische und praktische) Gesellenprüfung und stellt ihnen einen Gesellenbrief aus. Prüfung und Ausstellung des Zeugnisses erfolgt vollständig kostenfrei.

Dessau, 8. März. Ueber einen Sensationsprozeß der in voriger Woche vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung gelangte, wird gemeldet: Wegen Diebstahls bezw. Hehlerei resp. Anstiftung dazu hatten sich der Inhaber der Tuchhandlung F. A. Seiler, Hoflieferant, Joseph Seiler, sowie sein Neffe, Paul Seiler, der Geschäftsführer Gnager, ein früherer Lehrer, der mit Zuchthaus vorbestraft ist, der Aufseher Nickel, der Buchbindermeister Koch und die Seiterschen Arbeiter Deltinger und Hut zu verantworten. Die Diebstähe sind an Musterkollektionen begangen worden, die die Konkurrenzfirma Steinborn in Dessau für sich hatte herstellen lassen. Der Gerichtshof sprach, wie das Volksblatt für Anhalt mittheilt, Joseph und Paul Seiler wegen mangelnden Beweises frei, verurtheilt dagegen Ganzer zu 1 Jahr Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust, Koch zu vier, Deltinger zu drei, Nickel zu zwei und Hut zu einem Monat Gefängniß.

Gotha, 8. März. Der Prozeß gegen den Pfarrer Ruge von Tüngeda ist auf ein Verhältniß zurückzuführen, das der 28jährige Angeklagte mit seinem Dienstmädchen, der ledigen Anna Bischoff hatte. Als dieses Verhältniß ruchbar wurde, wurde gegen den Pfarrer auf dessen eigenen Antrag eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet. Als in dieser Sache die Bischoff eidlich vernommen wurde, machte sie eine falsche Aussage, zu der sie durch Ruge verleitet worden sein soll. Das Mädchen kam mit 9 Monaten Gefängniß davon, während Ruge zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Leipzig, 9. März. Der Rath und das Polizeiamt erlassen folgende Bekanntmachung: Um der augenblicklichen Nothlage der zur Zeit in hiesiger Stadt wohnhaften verdienstlosen Arbeiter abzuhelfen, haben wir die alsbaldige Inangriffnahme verschiedener öffentlicher Arbeiten, soweit solche unter den jetzigen Witterungsverhältnissen möglich sind, beschlossen, auch am heutigen Nachmittage eine unmittelbare Vertheilung von Brod an besonders Bedürftige vorgenommen. Wir betonen aber, daß eine Wiederholung der letzteren Maßregel unthunlich ist und daß alle diejenigen, welche auch morgen und an den folgenden Tagen Arbeitsverdienst nicht finden können und keinen Unterhalt haben, sich an den Vorsteher des betreffenden Armendistrikts zu wenden haben, welcher das Erforderliche sofort vorkehren wird. Die in solchem Falle gewährte Unterstützung gilt, soweit sie nicht an vom Armenamte Unterstützte gewährt wird, nicht als Armenunterstützung. Bei dieser Gelegenheit warnen wir aber auch nachdrücklich vor Wiederholung der in den letzten Tagen auf den Straßen und Plätzen hiesiger Stadt stattgefundenen Ansammlungen, welche als ungesetzlich zu bezeichnen sind. Das mitunterzeichnete Polizeiamt wird diese Ansammlungen unter keinen Umständen dulden und gegen etwaige Widersetzlichkeiten mit allem Nachdruck einschreiten. Das unbetheiligte Publikum wird aufgefordert, sich von diesen Ansammlungen durchaus fern zu halten und dieselben nicht durch den Zuzug Neugieriger noch zu vergrößern.

Dresden, 7. März. Eine Belohnung von vierzigtausend Mark verspricht ein Herr C. Lehmann in Basewitz Demjenigen, der ihm den Aufenthalt des Kapitäns Sander nachweist, der am 15. Mai 1872 Befehlshaber des deutschen Dampfers „Amalie" war.

Braunschweig, 7. März. Unter sehr zahlreicher Betheiligung fand gestern im Wilhelmsgarten eine Vertreterversammlung des braunschweigischen Landwehrverbandes statt. Vertreten waren 96 Kriegervereine des Herzogthums mit 152 Stimmen. Anwesend war auch Se. Excell. der Generallieutenant z. D. v. Wachholtz, der vor Kurzem das Ehrenpräsidium des Verbandes übernommen hat. Der Verbandspräsident, Major der Landwehr Dr. Frühling, eröffnete die Sitzung und machte die Mittheilung, daß die Söhne des Regenten, die Prinzen Friedrich Heinrich, Joachim Albrecht und Friedrich Wilhelm von Preußen die Aufnahme als Ehrenmitglieder des Verbandes angenommen haben, was von der Versammlung mit einem Lebehoch auf diese begrüßt wurde. Sodann sprach Generallieutenant v. Wachholtz seinen Dank für das ihm übertragene Ehrenamt aus und forderte den Verband auf, unbeirrt und fremde Parteiströmungen auf dem eingeschlagene Wege in Treue gegen Fürst und Vaterland fortzuschreiten. Aus den sodann folgenden Verhandlungen ist hervorzuheben, daß in diesem Jahre die aus dem Fonds der Herzog Wilhelm-Stiftung an Wittwen und Waisen von Kameraden zu zahlenden Unterstützungen anstatt bisher 400 Mark, 1200 Mark betragen sollen. Außerdem fand eine Berathung über die Art und Weise der ferneren Aufbringung der Beiträge zum Kyffhäuser-Denkmale statt. Abgelehnt wurde abermals der vom Verein Holzminden gestellte Antrag, die Reisekosten der Vertreter zu den Vertreterversammlungen auf die Verbandskasse zu übernehmen, indem einer aufgestellten Berechnung nach, diese Kosten die Einnahme der Verbandskasse überschreiten würden.

Handel und Verkehr.

Bericht der Börse zu Halle a. S.

Halle a. S. den 10. März 1892.

(Preise mit Ausschluß der Maklergebühr per 1000 Kilo netto.)

Weizen ruhig 204—215 M. feinster märkischer und ausländischer über Notiz. — Roggenweizen 200—205 M. — **Roggen** ruhig 213—217 M. — **Gerste** Braugerste ruhig, 168—186 M. feinste über Notiz, Futter- 145—155 M — **Hafer** ruhig 150—156 Mk. neuer — —. — **Mais** amerik. Mixed. ohne Angebot 135—142 M. Donaumais 156—164 M. Neuer ungarischer Mais 150—155 M. ohne Handel. — **Raps** 268—275 M — **Rübsen,** Sommerrübsen 250—260 M. — **Erbsen,** Kikt. ruhig 200—210 M., feinste über Notiz. — **Wicken** ohne Handel. — **Kümmel** excl. Sack per 100 kg netto ohne Handel 41—43 M. — **Stärke** incl. Faß von 100 Kilo Inhalt pro 100 Kilo netto. — **Hall. prima-Weizen,** ruhig 43,50—44,50 Mk., abfallende Sorten billiger. — **Maisstärke** incl. Sack für 100 Kilogr. brutto bei geringen Vorräthen 38,50—39,50 M.

Preise per 100 kg Netto.

Linsen 30 bis 40 Mark, **Bohnen** 18,00 bis 20 Mark, **Lupinen** — Mk., **Kleesaaten: Mohn** blauer 56—58 Mk., Mohn grauer 46—48 Mk., **Esparsette** 26,00—28,00 Mk., **Rothklee** 80—96—118 Mk., **Schwedischer Klee** 90—110—120 M., **Weißklee** 90—120—140 M., **Gelbklee** 40—50—60 M.

Futterartikel fest: **Futtermehl** 16,00—17,00 Mk., **Roggenkleie** 12,50—13,00 M. — Weizenmehlen 11,50 — 12,00 Mk. Weizenkleie 11,50—12,00 M., **Malzkeime** helle 12—13, dunkle 11—12 Mark. — **Oelkuchen** 14,00 bis 15,00 Mk. — **Malz** 29,00—30,50 M. — **Rüböl** 56,00 Mk. nominell. — **Petroleum** 23,00 M. — **Solaröl** 0,825/30° 16,00 Mk. — **Spiritus** matt, per 10000 Liter % 64,90 Mk., Kartoffelspiritus mit Verbrauchsabgabe 45,40 Mk.

Letzte Telegramme.

Leipzig, 9. März. Die hiesigen Stadtverordneten bewilligten die Summe von 15,000 Mark als Beitrag zu den Kosten der hier stattfindenden Wanderversammlung deutscher Architekten und Ingenieure.

Karlsruhe, 9. März. Landtag. Die Centrumspartei brachte einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes von 1860 ein, wonach religiöse Orden nicht ohne Genehmigung der Regierung eingeführt und einzelne Anstalten der eingeführten Orden nicht ohne Genehmigung errichtet werden dürfen. An Stelle der Genehmigung soll die Anzeigepflicht treten. Ferner wird die Aufhebung des Gesetzes von 1872 gefordert, wonach die Abhaltung von Missionen und die Aushülfe in der Seelsorge durch Mitglieder nicht eingeführter Orden verboten ist.

Wien, 9. März. Die vom Stadthalter verfügte Inhibirung der weiteren öffentlichen Brodvertheilung an die Arbeitslosen findet die Billigung aller einsichtigen Beurtheiler. Es wurde viel Mißbrauch mit diesen Vertheilungen getrieben, die oft von skandalösen Scenen begleitet waren und von denen gerade die Bedürftigen am wenigsten profitirten, die Arbeiter selbst haben diese Art der Hilfe als unwürdig erklärt. Die Vertheilung der für die Arbeitslosen eingelaufenen sehr beträchtlichen Gaben wird fortan durch die Gemeinde-Aemter geschehen. Der Stattha'ter hat überdies der Gemeinde den Vorschlag gemacht mit den Erdarbeiten für einzelne Strecken der Stadtbahn schon jetzt noch vor Genehmigung des Projektes durch den Reichsrath zu beginnen, wodurch für die wirklich Arbeit Bedürftigen Arbeit geschafft werden könnte.

Wien, 9. März. Die Valuta-Enquete-Kommission vernahm in ihrer heutigen, abermals unter dem Vorsitze des Finanzministers abgehaltenen Sitzung die drei Mitglieder des böhmischen Landtages Bondy, Braf und Mattusch. Dieselben sprachen sich übereinstimmend für die Goldwährung, für die Beibehaltung des Courantsilbers und für Staatskassenscheine aus, wobei Bondy eine periodische legislative Feststellung des Quantums, Mattusch als Höchstbetrag 120 Millionen in Stücken von fünfzig Gulden empfahlen und Braf zwischen den gemeinsamen und cisleithanischen Staatskassenscheinen unterschied. Was die Werthrelation angeht, so will Bondy solche nicht unter 80 und nicht über 84 pCt., während Braf den Durchschnittskours der drei letzten Jahre, Mattusch diejenigen der Jahre 1888, 1889 und 1890 empfahlen. Alle drei Landtagsmitglieder sprachen sich für den halben Gulden als Münzeinheit aus, die eventuell Krone genannt werden soll.

Bern, 9. März. Vom Bundesrathe werden die Bemühungen fortgesetzt, die Demission Marti's als Präsident der Direktion der Jura-Simplon-Bahn rückgängig zu machen. Heute Vormittag wurde ein Kompromißvorschlag festgesetzt, dessen Annahme daß Verbleiben Marti's auf seinem Posten ermöglichen soll. Nachmittags findet wiederum eine Konferenz der Delegirten des Bundesrathes mit der Genfer Finanzgruppe statt.

Rom, 9. März. Deputirtenkammer. In Beantwortung der Anfrage des Deputirten Pugliese bezüglich der Einfuhr italienischer Weine in Deutschland entgegensehenden Schwierigkeiten erklärte der Ministerpräsident di Rudinì, in Folge der von der italienischen Regierung unternommenen Schritte hätte die deutsche Regierung zugesagt, dem Bundesrathe Vorschläge zu machen, die geeignet seien, die Uebelstände, die sich herausgestellt, zu beseitigen. Pugliese erklärte sich durch diese Antwort nicht zufriedengestellt und kündigte die Absicht an, seine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln. Er behalte sich vor, nachzuweisen, daß die Beschwerden der italienischen Produzenten begründet seien. Die Kammer nahm sodann die Berathung des richtiggestellten Budgets wieder auf.

Rom, 9. März. Morgen wird der König die Dekrete unterzeichnen, womit der Senator Taverna zum Botschafter in Berlin und der bisherige Botschafter in Konstantinopel, Keßmann, zum Botschafter in Paris ernannt werden.

Paris, 9. März. Bei dem gestrigen Jahresbankett der Syndikats-Kammern besprach der Handelsminister Roche die neuen Zolltarife und hob hervor, wenn bei Anwendung der Tarife sich hinsichtlich einiger Punkte ein Irrthum herausstellen sollte, so würde sich für die Regierung und die öffentlichen Gewalten die Nothwendigkeit einer Modifikation ergeben, und es werde alsdann eine bessere Lösung stattfinden.

Paris, 9. März. Das Gerücht, das Kabinet beabsichtige das Kolonialamt dem Marineministerium zuzutheilen, wird in parlamentarischen Kreisen ungünstig aufgenommen, da man befürchtet, die friedliche Entwickelung der Kolonien würde dadurch gestört werden.

London, 9. März. Die gestern versammelte Conferenz der vereinigten brittischen Handelskammern beschloß die Nothwendigkeit der Einsetzung einer Königlichen Kommission zur Reform der Bankakte und die Einsetzung von Handelsgerichten. Sie empfahl ferner der Regierung Etablirung nationaler Arbeitsbureaus.

Belgrad, 9. März. Wie verlautet, empfiehlt der Klub der Radikalen folgende Umbildung des Kabinets: Pasic, Präsidium und Aeußeres, Tauschanovic Inneres, Mika Giorgievic Justiz, Vuic, welcher sich mit Tanschanovic versöhnt hat, Finanzen, Pera Velimirovic Bauten, Jevrem Velimirovic Krieg, Andra Nicolic Kultus und Unterricht im Nichtannahmefalle solle Professor Lazarovic oder Angelovic das Unterrichtsministerium übernehmen. Die Ernennung des Kabinets wird heute erwartet.

Washington, 8. März. Der deutsche Gesandte Frhr. von Holleben überreichte heute dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben und gab dabei dem Wunsche für die Wohlfahrt und das Gedeihen der Vereinigten Staaten Ausdruck; er werde bemüht sein, die seit lange bestehenden guten Beziehungen zu Deutschland zu fördern und zu kräftigen. Der Präsident versicherte, seinerseits sein Bestes hierzu beitragen zu wollen.

Berliner Börse vom 10. März 1892.

Anfangs-Kurse (12½ Uhr.)

(Telegraphischer Bericht des Halle'schen Tagebl.)

Disconto-Commandit	177,80	Elbethal-Bahn	102,—
Berl. Handelsgesellsch.	135,10	Dux-Bodenbach	238,10
Dresdener Bank	136,75	Buschtiehrader	191,70
Darmstädter Bank	127,30	Galizier	—,—
Oesterreich. Credit	169,60	Gotthardbahn	139,25
Boehumer Guss	108,50	Ital. Mittelmeer	91,30
Laurahütter	101,80	Warschau-Wien	217,50
Dortmunder Union	53,30	5 pCt. Italiener	88,50
Harpener	137,50	4 pCt. Ungarn	92,25
Dannenbaum	78,—	4 pCt Egypter	96,50
Consolidation	153,60	1880 Russen	92⅞
Hibernia	126,75	Russ. Noten	208,—
Gelsenkirchen	139,10	Nordd. Lloyd	—,—
Franzosen	122,70	Tendenz: fest.	
Lombarden	40,40		

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **Julius Rudolph.**

Anfang 7¼ Uhr.

Freitag, den 11. März 1892.

178. Vorstellung. — 134. Abonnem.-Vorstellung. Farbe: **roth**

Die Königin von Saba.

Große Oper in 4 Akten von Karl Goldmark.

Personen:

König Salomon — Hermann Bachmann.
Hohepriester — Hans Keller.
Sulamith, seine Tochter — Emmy Rehhardt.
Assad — Richard Hofer.
Baal Hanan, Palastaufseher — Wilhelm Langefeldt.
Die Königin von Saba — Clemetine Pleschner.
Astaroth, ihre Sklavin — Louise Buttschardt.
Stimme des Tempelwächters.
Priester, Leviten, Sänger, Harfenspieler, Leibwachen, Frauen des Harems, Bajaderen, Volk.

Ort der Handlung: 1. Aufzug: Halle im Palaste Salomons. 2. Aufzug: Garten, später Tempel, 3. Aufzug: Festhalle. 4. Aufzug: In der Wüste.

Im ersten Akte: **Gruppirungen,** ausgeführt vom Corps de Ballet. Im dritten Akte: **Bienentanz der Almeen,** ausgeführt von **Hanna Rudolph** und **Festtanz,** ausgeführt vom Corps de Ballet.

Nach dem 2. Acte Pause.

Opernpreise.

Kassenöffnung 7 Uhr. — Anfang 7¼ Uhr. — Ende nach 10 Uhr.

Sonnabend, den 12. März 1892.

179. Vorstellung. — 135. Abonnem.-Vorstell. Farbe: **blau.**

Der Bureaukrat.

Lustspiel in 4 Akten von G. von Moser.

Sonntag, den 13. März 1892.

Nachmittags 3½ Uhr:

29. Fremden-Vorstellung bei halben Preisen.

Der Verschwender.

Zaubermärchen mit Gesang in 3 Abtheilungen und 5 Akten von Ferdinand Raimund. Musik von Conradin Kreutzer.

Abends 7½ Uhr:

180. Vorstellung. — 136. Abonn.-Vorstell. Farbe: gelb.

Die Walküre.

Erster Tag aus der Trilogie **„Der Ring des Nibelungen"** in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

In Vorbereitung:

Der verlorene Sohn.

(L'Entfant Prodigue.)

Pantomime in 3 Akten von Michel Carré Fils. Musik von André Wormser.

Meteorologischer Bericht des „Hall. Tagebl.

Wetteraussichten für den 11. März.

Bei Süd- bis Westwind veränderliches wärmeres Wetter mit Neigung zu Niederschlägen.

Zeit	Std.	Barom. red. 0° mm.	Thermometer nach Celsius	Thermometer nach Reaum.	Feuchtigkeit Luft %	Wind	Wetter
9./3	8 Uhr	741,2	− 0,0	− 0,0	65	S.O	Klar.
	7 Uhr	738,5	− 1,3	− 1,0	85	S.O	Bedeckt.
10./3.	2 Uhr	736,0	+ 7,5	+ 6,0	70	S.O	Bedeckt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920311024/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Unter dem derzeitigen Viehbestande des Viehhändlers **Sander Pfifferling** hier, Frankestraße Nr. 4 ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen und das Geschäft infolgedessen unter Sperre gestellt.

Halle a. S., den 9. März 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

Unter dem derzeitigen Viehbestande des Viehhändler **Moritz Schloß** hier, Königstraße Nr. 23 ist die **Maul- u. Klauenseuche** ausgebrochen und das Geschäft infolgedessen unter Sperre gestellt.

Halle a. S., den 9. März 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

Ausschreibung.

Die **Lieferung und Aufstellung von etwa 329 lfd. m eisernen Umwährungsgittern** für die Ladebuchten und Rampen des Schlacht- und Viehhofes zu Halle a. S. soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Angebote sind bis

Sonnabend, den 19. März cr., Vormittags 10 Uhr,

auf dem Stadtbauamte einzureichen, woselbst die Bedingungen ausliegen, auch die Verdingungsanschläge entnommen werden können. Die Zeichnungen sind im Bureau auf dem Bauplatze einzusehen.

Halle a/S., den 10. März 1892.

Der Stadtbaurath.
Lohausen.

Die Missionsstunde für die städtischen Gemeinden wird **Montag, den 14. März, 6 Uhr** in der **Gertraudenkapelle** stattfinden, wozu die Missionsfreunde mit dem Bemerken eingeladen werden, daß Herr Cons.-Rath Göbel über die Mission der Brudergemeinde auf Jamaica sprechen wird. **D. Förster.**

Neumärker Missionsnähverein.

Am **Dienstag, den 8. März, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr** nimmt der **Neumärker Missionsnähverein** wieder seinen Anfang.

5259 grosse Seiten

umfassen die Werke Goethes, Schillers, Lessings, Hauffs, Heines Kleists, Körners, Lenaus zusammen in der soeben erschienenen Gesammtausgabe dieser 8 Klassiker, welche unter dem Titel **„Deutsche Klassiker-Bibliothek"** auf den Büchermarkt gelangt ist. Diese Auswahl ist in mustergiltiger Weise von dem bekannten Litterarhistoriker Geh. Hofrath Rudolf von Gottschalk besorgt worden, und zeichnet sich, durch hervorragend großen Druck, sehr schönes Papier, äußerst geschmackvolle, hochelegante Einbände, die mit reicher Gold-Pressung und -Ornomentirung versehen sind, aus. Die Portraits und Biographien der Dichter gehen den Werken derselben voran. Reiche Anhänge, welche ein Citatenregister und Register der Gedichtanfänge umfassen, machen diese Ausgabe, welche an Vorzügen und an Billigkeit des Preises ein Unikum ist, zur reichhaltigsten.

Der Gesammtpreis der „Deutschen Klassiker-Bibliothek", 24 Abtheilungen in 6 starke, große Bände gebunden, beträgt für das geb. Exemplar nur 12 Mark. Nur der enorme Absatz ermöglicht diesen unerreicht billigen Preis. Ein elegantes Büchergestell, welches extra für die Klassiker-Bibliothek hergestellt ist, und sie zum schönsten Zimmerschmuck macht, wird für 3 Mark abgegeben. Der Bezug kann durch jede Buchhandlung erfolgen. Franco versendet die unterzeichnete Verlagsanstalt die „Deutsche Klassiker Bibliothek" (also Goethe, Schiller, Lessing, Lauff, Heine, Kleist, Körner, Lenau zusammen) in tadellos. neuen Exemplaren für Mark 12,50, mit Büchergestell für Mark 16,— gegen Voreinsendeng des Betrages oder unter Nachnahme von 30 Pf mehr.

Prospekte gratis und franko.

Verlagsanstalt Urania, Berlin SW., Enckeplatz 1.

Gas-Coke.

Wir verkaufen von jetzt ab

das Hektoliter ab Anstalt mit 80 Pf., frei Gelaß, bei Abnahme von mindestens 14 Hektolitern mit 95 Pfg. das Hektoliter.

Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke.

Von **Montag** früh ab stehen **feine fette,** sowie **gr. u. kleine Futterschweine** (halbengl.) zum Verkauf bei

Carl Birke, Giebichenstein, Brunnenstraße 65.

Zwei vollständig neu renovirte

Wohnungen

bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und allen Zubehör sind sofort oder 1. April oder Mai oder später zu beziehen.

Besichtigung jeder Tageszeit.

Max Schaaf, Malermstr.

Grosse Wallstrasse 29.

C. L. Blau's Frucht-Conserven-Fabrik

en gros — Gegründet 1843 — en detail

Inh. **Otto Blau, Gr. Ulrichstr. 57,**

empf. den geehrten Herrschaften seine **vorzüglich eingemachten Früchte ohne jede chemische Beimischung,** deshalb der Gesundheit zuträglich, zum **billigsten Einkauf.**

Himbeersaft ohne Sprit.

Baumkuchen à la Blau.

Bringe **meine** seit ziemlich **50 Jahren berühmten Baumkuchen** in empfehlende Erinnerung; doch sind solche nach Wunsch auch auf **Salzwedler Art** zu bekommen.

Preislisten post- und kostenfrei.

Wildhagen'sche Frauen-Industrie- u. Kunstgewerbe-Schule,

Handarbeit-Lehrerinnen-Seminar.
Töchter-Pensionat,
HALLE a. S., Heinrichstrasse No. 1.

Unterrichtsfächer in Cursen für Handnähen, Kunsthandarbeiten, Musterzeichnen, Maschinenähen, Wäschezuschneiden, Schneidern, Putzmachen, Buchführung. -- Auf Wunsch werden auch Privatzirkel eingerichtet. — Deutsch, Literatur u fremde Sprachen. Koch- und Haushaltungskurse nur für Pensionärinnen. Unterricht im künstlerischen und kunstgewerblichen Zeichnen und Malen. Die neuen Curse beginnen am 1. April.

Nähere Auskunft, Prospekte und Meldungen durch die

Vorsteherin Frau Elise Gehrts-Wildhagen.

Schönheit des Antlitzes

wird am sichersten erreicht und gepflegt durch

Leichner's Fettpuder

und

Leichner's Hermelin-Puder

Diese berühmten Gesichtspuder werden in den höchsten Damenkreisen und von den ersten Künstlerinnen mit Vorliebe angewendet; sie schützen die Haut gegen rauhe oder staubige Luft und geben ihr ein jugendschönes, blühendes Aussehen. Nur in geschlossenen Dosen in der Fabrik **Berlin, Schützenstraße 31** und in allen Parfümerien.

Man hüte sich vor Nachahmungen.

L. Leichner, Parf. Chemiker, Lief. d. kgl. Hoftheater.

Man verlange in allen Buchhandlungen eine Probenummer der

Wiener Mode.

Jährlich: 24 reich illustrirte Hefte mit Unterhaltungsbeilagen, darin 48 color. Modebilder und 12 Schnittmusterbogen, ferner colorirte Modebilder als Gratisbeilagen.

Schnitte nach Maß gratis.

fl. 1.50 Vierteljährig M. 2.50

Schultornister

in Seehund, Plüsch, Leder, Wachstuch rc.
Schultaschen, Bücherträger!
nur beste Sattlerwaare! keine Fabrikarbeit!

Billigste Bezugsquelle!

39. Albin Hentze, 39.
Schmeerstraße

Union,

Kaufm. Verein

Braunschweig.

Abth. für **Stellenvermittlung** Für Geschäftsinhaber **kostenfrei.** Besetzung offener Stellungen. Vertr.: **Emil Reuter,** Güldenstr. 43, Braunschweig.

Zentralbüreau für Läden und Wohnungen.

Läden, Wohnungen, möblirte u. unmöblirte Zimmer, Niederlags- u. Kellerräume sind zu vermiethen. Nähere Auskunft wird unentgeltlich ertheilt. **Herzfeld,**
Merseburgerstraße 42.

Zur Aufnahme von **Klagen,** sowie allen infolge einer **Klageerhebung** erforderlichen **Schriftsätzen Arten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,** als **Verträgen pp.,** sowie sonstigen vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Sachen empfiehlt sich **unter Garantie für sachgemäße Bearbeitung**

Herzfelds Central-Büreau
Merseburgerstr. 42.

N. W. **Rath** wird in **allen Sachen** ertheilt. Vertretungen vor Gericht vermittelt.

Ein erfahrener

Obersteiger

wird für **Aufschließung u. Betrieb** eines

Braunkohlenfeldes

in der Mainggegend **gesucht.** Off. mit Personalien, Nachweis der Qualifikation u. Gehaltsansprüchen sind unter **C. 7536** an **Rud. Mosse** in **Frankfurt a/M.** zu richten.

Lehrlings-Gesuch.

Für ein **Colonialwaaren- u. Landesprodukten-Geschäft** en gros wird zum **1. April oder Ostern** ein mit gut. Schulbildung versehener **junger Mann** gesucht. Angebote sind niederzul. t. d. Exp. d. Hallesch. Tageblattes **sub. N. P. 92.**

Ein Clavierspieler

wird für **Sonntag Nachmittage** und **Abende gesucht.** Näheres in der Exped d. Ztg.

Steinweg 30 Lindenstr.-Ecke,

1 Woh. I Etg. 4 St., 2 Kam., 1 Küche u. Zub. 675 M 1 Wohn. III. Etg. 4 St., 2 Kam., 1 Küche u. Zub. 540 M 1 Woh. I. Etg. 5 St., 1 Küche u. Zub. 500 M 1 Woh. II. Etg. 5 St., 1 Küche u. Zub. 475 M 1 Woh. III. Etg. 5 St., 1 Küche u. Zub. 450 M 1 Woh. II. Etg. 2 St., 1 Kam., 1 Küche u. Zub. 340 M 1 Woh. II. Etg. 5 St., 3 Kam., 1 Küche, 1 Speisek., Badest. Gartenben., auf Wunsch auch Pferdestall zu vermiethen.

Familien-Nachrichten.

Die glückliche Geburt eines **prächtigen Jungen** zeigen hierdurch hocherfreut an.

Halle a/S., am 9. März 1892.

Wilhelm Reinstein und Frau **Margarethe,** geb. Dettenborn.

Heute Morgen 1 Uhr entschlief nach kurzem Krankenlager unser lieber Bruder, Schwager und Onke, der

Rentier Karl Zimmermann

was nur hiermit tiefbetrübt anzeigen.

Halle, den 10. März 1892.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Herr

Johann Gottlieb Voigt

im 82. Lebensjahre.

Halle a. S., den 10. März 1892.

Familie Gruhl und Dr. Liebrecht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920311024/fragment/page=0004